



Das soziale Netz zerfetzen?

Zwei Jahre sind seit den eidgenössischen Wahlen 2007 vergangen. Die Legislaturhalbzeit bietet Gelegenheit, zurückzuschauen. Genau das tut Fraktionschefin Ursula Wyss im Gespräch mit «links» – um sich dann wieder der politischen Zukunft zuzuwenden. Mit gutem Grund: 2010 wird für unsere Sozialwerke zum Schicksalsjahr werden.

Dossier «Aus- und Rückblick» Seiten 2 bis 7

SP-SCHWERPUNKT



Dank dem letzten Abstimmungssonntag hat der **Kanton Schwyz** energiepolitisch den Anschluss nicht verpasst.

Seiten 13

POSITIONEN



Die Genossinnen und Genossen der deutschen SPD nach Wahlniederlage und Neuorientierung.

Seite 15

CARTE BLANCHE



Die Politologin **Regula Stämpfli** über die grandiose Konsequenz gewisser Politiker und Politikerinnen.

Seite 19

Nein zum Renten-Bschiss

«Im Oktober 100 Prozent Deckungsgrad: War da was?» fragt der Anlageberater Herbert Brändli in der Zeitschrift Stocks. In der Tat hat sich die Börse seit Anfang Jahr so entwickelt, dass die Deckungslücken der meisten Pensionskassen verschwunden sind. Ruedi Rechsteiner

Nun stecken die Bürgerlichen in der Klemme, denn einen triftigen Grund für einen tieferen Umwandlungssatz und für dauerhafte Rentenkürzungen gibt es eigentlich nicht mehr. Die Demographie wurde nämlich bereits einmal «bezahlt»: Mit der ersten Senkung des Umwandlungssatzes von 7,2 auf 6,8 Prozent, die im Jahre 2005 beschlossen wurde, und mit der wiederholten Anhebung des Rentenalters der Frauen von 62 auf 64 Jahre.

Dass es nicht um Demographie geht, hat der Bundesrat in der Botschaft selber geschrieben: «Nicht die Änderungen biometrischer Daten sind zentraler Auslöser für die erneute Anpassung des Mindestumwandlungssatzes, sondern der technische Zinssatz.» (Botschaft Seite 9498)

Um die Diskussion über Renditen und Gewinne der Lebensversicherungen zu vermeiden, argumentiert der Bundesrat neuerdings mit getürkten demographischen Extrapolationen. Statt die Lebenserwartung gemäss Bundesamt für Statistik für die gesamte Bevölkerung zu verwenden, werden die Versicherungsdaten der Stadt Zürich genommen und nach einem völlig neuen und intransparenten Verfahren auf 2015 hochgerechnet. Die Beamten der Stadt Zürich sind aber nicht massgeblich für die durchschnittliche Lebenserwartung der erwerbstätigen Bevölkerung – sie leben nämlich eher länger

als die Mehrheit der privatrechtlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Dies alles dient dazu, die Lecks in der Vorsorge zu verschweigen:

Die Lebensversicherungen kassieren nach wie vor viel mehr, als sie nach Gesetz dürfen. Statt

10 Prozent der «Überschüsse», wie es im Gesetz steht, behalten sie bis zu 10 Prozent vom Umsatz.

Die Verwaltungskosten sind enorm: Über vier Milliarden Franken für die berufliche Vorsorge verschwinden im Sack der Verwalter, davon 1,3 Milliarden Franken für die privaten Lebensversicherungen.

Die Lebensversicherungen haben im letzten Jahr die Boni erhöht. So erhält zum Beispiel Rolf Schäuble von der Basler Versicherung neu 6,2 Mio. Franken – 1,8 Millionen mehr als im Vorjahr.

Die meisten autonomen Pensionskassen haben kein Problem mit der Rendite. Und im nächsten Jahr werden die Zinsen mit Sicherheit ansteigen. Bevor man den Umwandlungssatz senkt, sollte man die Lecks der zweiten Säule

stopfen. Auch mit Vereinfachungen der Verwaltung liesse sich Geld sparen – einfach strukturierte Branchenkassen mit Risikoausgleich statt Kässeliwirtschaft.

Ironie der Geschichte: Sogar die Kosten der Versicherungspropaganda müssen die Versicherten selber mit einer Kürzung der Überschüsse bezahlen – das Bundesamt für Privatversicherungen (neu Finma) lässt dies alles zu. Die zweite Säule ist ein Selbstbedienungsladen für das Versicherungsgewerbe.



NEIN
zum Rentenklau

Abstimmung vom 7. März 2010

Rudolf Rechsteiner

Nationalrat

aus dem Kanton Basel-Stadt



SOZIALPOLITIK IM FOKUS



Christian Levrat
Präsident der
SP Schweiz

2010 droht für unsere Sozialwerke zum Schicksalsjahr zu werden: Die Bürgerlichen sind entschlossen, in den kommenden Monaten gleich mehrere Sozialwerke zu schröpfen – wie immer bereitwillig motiviert, assistiert und «gut» beraten von den Wirtschaftsverbänden. Eine geballte Ladung Sozialabbau rollt auf uns zu – und das ausgerechnet in der Krise. Dass ausgerechnet diejenigen, die für den ganzen Schlamassel verantwortlich sind, jetzt auch noch das soziale Netz ausdünnen wollen, ist an Dreistigkeit eigentlich kaum mehr zu überbieten.

Eröffnet wird das Sperrfeuer gegen die soziale Sicherheit am 7. März mit der Abstimmung über den Rentenklau. Und weitere Referenden zeichnen sich ab: Dasjenige gegen die Aushöhlung der Arbeitslosenversicherung ist so gut wie sicher, andere – zur AHV, zur 6. IV-Revision oder zum Unfallversicherungsgesetz – sind wahrscheinlich. Diese Anstrengungen sind nötig, um die Errungenschaften unse-

res Sozialstaats zu erhalten, ganz klar. Sie bieten uns aber auch die Chance, in die Offensive zu gehen und Klartext zu reden, nötige Reformen beim Namen zu nennen. Wir können klarmachen, dass der Sozialstaat Selbstzweck an sich ist, sondern ein Beitrag zum Wohlstand unseres Landes und zur Lebensqualität aller.

Wir sind präsent, engagiert und entschlossen. Bereits im Herbst werden wir über die Steuergerechtigkeits-Initiative und die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» zu befinden haben. Hinzu kommen die vom Parteitag in Schwyz beschlossenen Volksinitiativen «Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien» und «Mindestlohn für alle». Auch ein Projekt für eine nationale Gesundheitskasse befindet sich in der Pipeline.

Es gibt viel zu tun im nächsten Jahr, zweifelsohne. Aber Verbesserungen erreichen wir nur, wenn wir politisch dafür kämpfen. Jeden Tag. Können wir auf dich zählen?



Spielen, lernen, weiterbilden!

Fehlende Bildung und betreuungsbedürftige Kinder sind die wichtigsten Armutsrisikofaktoren in unserem Land. Damit ist die Antwort auf die Frage, wie Armut bekämpft werden kann, bereits gegeben. Wir müssen in die Bildung investieren und das Angebot an familien- und schulergänzenden Betreuungsplätzen ausbauen. Jacqueline Fehr

Die Weichen für die späteren Berufschancen werden schon sehr früh im Leben gestellt. Beim Eintritt in den Kindergarten sind die Wissens- und Fähigkeitsunterschiede zwischen den Kindern bereits so gross, dass sie im Lauf der Schulzeit nicht mehr korrigiert werden können. Fatal ist, dass diese Unterschiede nicht ein Abbild des tatsächlichen Potenzials des einzelnen Kindes ist, sondern in erster Linie eine Folge der Herkunft.

Die Antwort auf diese Erkenntnis haben andere Länder gefunden. Sie heisst spielen! Spielen in einer anregenden Umgebung, die für Kinder gemacht ist und von Kindern gestaltet wird. Diese Orte heissen Kindertagesstätten (Kitas) oder Kinderkrippen. Wer es ernst meint mit der Chancengleichheit, muss bei den Kleinsten ansetzen. Kleinkinder, die den grössten Teil des Tages vor dem Fernseher oder beim Einkaufen verbringen, verlieren den Anschluss bereits vor dem Beginn ihrer Kindergarten- und Schulzeit.

Aber auch Kinder aus sozial besser gestellten Familien profitieren von der Betreuung in Kinderkrippen und Kitas. Vorausgesetzt, dass die Qualität stimmt!

Nach der Krippe folgen Kindergarten und Schule. Und damit mit den Hausaufgaben eine weitere Falle der Chancenungleichheit. Je mehr die Schule via Hausaufgaben den Bildungsauftrag an die Eltern delegiert, desto prekärer wird die Situation für jene Kinder, deren Eltern dem Schulstoff hilflos gegenüberstehen. Tagesschulen sind die Antwort auf diese unschöne Entwicklung. Wir tun gut daran, von ihren positiven Erfahrungen zu lernen und das Modell endlich flächendeckend einzuführen.

Nach der Schule folgt die Ausbildung. Dazu braucht es genügend Lehrstellen und Studienplätze. Eine Gesellschaft, die jungen Menschen den Zugang zur Berufslehre oder zum Studium verbaut, verbaut ihre Zukunft. Gleiches gilt für den Übergang von der Ausbildung zum Arbeitsmarkt.

Bereits heute wechseln über 60 Prozent der Menschen im Laufe ihrer Erwerbstätigkeit mehrmals den Beruf. Diese Tendenz wird weiter steigen. Weiterbildung und Umschulung gehören damit zwingend zu einem modernen Bildungssystem. Wenn wir das Ziel im Auge behalten, Armut und sozialen Abstieg zu verhindern, müssen wir vor allem jenen Leuten Perspekti-

ven eröffnen, die viel Motivation brauchen, sich nochmals neu zu orientieren.

Soziale Sicherheit heisst Absicherung der Lebensrisiken ohne Wenn und Aber. Genau gleich wichtig sind die Rahmenbedingungen, welche es den Menschen überhaupt möglich machen, ein würdiges Leben zu führen. Aus diesem Grund setzt sich die SP Schweiz im kommenden

Wichtig sind die Rahmenbedingungen, welche es den Menschen überhaupt möglich machen, ein würdiges Leben zu führen.

Jahr mit der Verlängerung der Anstossfinanzierung für den weiteren Ausbau der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung sowie für eine Weiterbildungs- und Umschulungspolitik ein, die diesen Namen verdient. Auf kantonaler und kommunaler Ebene wird die Schulpolitik landauf, landab ein Schwerpunkt sein. Bildung ist der Schlüssel zur sozialen Sicherheit. Sie gehört ins Zentrum der Sozialpolitik.

jacqueline.fehr@parl.ch
Nationalrätin aus dem Kanton Zürich und
Vizepräsidentin der SP Schweiz



«Wo ist das Problem?»

«Junge Arbeitslose unter 30 müssen künftig jeden vermittelten Job annehmen, unabhängig von ihrer Qualifikation. Ich verstehe nicht, warum sich die SP dagegen sträubt! Wo ist das Problem? Wer arbeiten will, kriegt eine Stelle. Irgendwie muss ja das Loch in der Arbeitslosenkasse gestopft werden – es kann halt nicht immer der Traumjob sein!»

Katja, Biel/Bienne

Hilde Fässler: Das Wichtigste für den Einstieg in die heutige Arbeitswelt ist eine gute Ausbildung. Um im gewählten Beruf bestehen zu können, braucht es erstens Erfahrung und zweitens Weiterbildung. Daher ist es absolut notwendig, dass Lehrabgängerinnen und -abgänger noch eine Weile im Ausbildungsbetrieb bleiben können, um Berufserfahrung zu sammeln und ihre erworbenen Fähigkeiten erproben zu können. Wenn sie danach arbeitslos werden und irgendeinen Job annehmen müssen, verlieren sie ihre beruflichen Fähigkeiten. Die neue Regelung in der ALV sabotiert also das, was als beste Gewähr gegen eine neuerliche Arbeitslosigkeit gilt: die berufliche Weiterqualifikation nämlich. Das ist für die Betroffenen fatal, ist aber auch volkswirtschaftlich eine Dummheit. Für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Arbeitsplatzes sind gut ausgebildete Berufsleute zentral. Zudem ist wohl auch keinem Arbeitgeber wirklich geholfen, wenn ihm überqualifizierte Arbeitskräfte zugewiesen werden. Die Arbeitslosenquote steigt, überdurchschnittlich bei den Jungen. Da ist es zynisch zu behaupten, wer nur wolle, bekomme eine Stelle. Viele bewerben sich ja längst nicht mehr um einen «Traumjob», sondern sind froh, wenn sie eine Stelle bekommen, die ihren Fähigkeiten und Neigungen einigermassen entspricht.

Unsere ALV ist dann erfolgreich, wenn sie die Wiedereingliederung ins Erwerbsleben und die Weiterentwicklung der beruflichen Fähigkeiten fördert. Die Vorschrift, dass jede Arbeit angenommen werden muss, nicht mehr nur jede zumutbare, wird dazu

führen, dass zum Beispiel ein 27-jähriger Familienvater gezwungen ist, einen schlecht bezahlten Job anzunehmen und seine Familie dadurch in finanzielle Schwierigkeiten kommt, oder dass eine allein erziehende 26-jährige Frau wegen eines Stellenangebots umziehen muss und den Kita-Platz für ihr Kind verliert. Das widerspricht dem Anspruch an eine sinnvolle ALV. Das Loch in der ALV-Kasse kann einfach gestopft werden, aber nicht durch Bestrafung der Jungen, sondern durch eine Solidaritätsabgabe auf den hohen Einkommen, wie dies in den 90er-Jahren der Fall war.

«Für die Betroffenen fatal, aber auch volkswirtschaftlich eine Dummheit!»



Nationalrätin Hilde Fässler erklärt, warum die Bürgerlichen bei der Revision der ALV auf dem Holzweg sind.

Hast du eine Frage, die du einer Parlamentarierin oder einem Parlamentarier stellen möchtest, aber bisher keine Gelegenheit dazu gehabt? Dann schicke deine Frage (maximal 500 Zeichen lang) an nachgefragt@spschweiz.ch

Bundesrat verpasst Chance

BERN Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» ab und verpasst damit eine Gelegenheit, die Bevölkerung wirksam vor Waffengewalt zu schützen und den Missbrauch von Waffen endlich einzudämmen. Ihn scheint der internationale Spitzenplatz der Schweiz bei Selbsttötungen mit Schusswaffen ebenso wenig zu kümmern wie deren häufiger Einsatz bei Beziehungsdelikten und als Drohmittel bei häuslicher Gewalt. Er politisiert mit diesem Entscheid am Volk vorbei, dem griffige Massnahmen gegen Waffengewalt ein Anliegen sind. Jetzt muss das Stimmvolk an der Urne nachbessern.

Arbeitsverweigerung der Justiz

ZÜRICH Die Zürcher Staatsanwaltschaft will die Rolle von Ospel und Kurer im «Fall UBS» nicht untersuchen. Anstiftung und Beihilfe zur Verletzung von Steuerrecht und Höchststrisiko-Strategien sollen im Dunkeln bleiben – die Beweisführung ist der Staatsanwaltschaft offenbar zu kompliziert. Die SP hatte am 14. August eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft des Kantons Zürich geschickt. Die darin erhobenen Vorwürfe der ungetreuen Geschäftsbesorgung und der Gehilfenschaft zum Steuerbetrug stehen nach wie vor im Raum. Zudem darf es nicht sein, dass Beihilfe zu Steuerdelikten in einem Drittstaat in der Schweiz nicht strafbar ist. Aus diesem Grund wird die SP mit einem Vorstoss fordern, diese Gesetzeslücke zu schliessen.

SP fordert Boni-Sondersteuer

BERN Die SP begrüsst die Ankündigung der britischen Regierung, Banker-Boni und Prämien mit einer temporären Steuer zu belasten. Es zeigt: Anderswo sind Regierungen durchaus in der Lage zu handeln und Auswüchse werden gezielt bestraft. Die SP-Fraktion hat deshalb noch in der Wintersession eine Motion nach dem britischen Vorbild eingereicht. Die Argumentation des Bundesrates, wonach sich ein wichtiger Finanzplatz einen solchen Schritt aus Wettbewerbsgründen im Alleingang nicht leisten könne, ist damit vom Tisch.

Lesung «Marie Boehlen»

BERN Liselotte Lüscher stellt ihr Buch «Eine Frau macht Politik – Marie Boehlen 1911–1999» über die unermüdliche Frauenrechtlerin gerne interessierten Sektionen vor. Ihre Präsentation (Lesung, Fotoschau und Kommentare) dauert zwischen 30 und 40 Minuten. Interessierte melden sich bei Liselotte Lüscher, Beaumontweg 30, 3007 Bern, Telefon 031 371 75 29 oder bei angelika.neuhaus@spbe.ch. Das Buch kann ab Januar 2010 bei der SP Schweiz (gaby.zimmermann@spschweiz.ch, Telefon 031 329 69 00) für 25 Franken (exkl. Porto) bestellt werden.



Ursula Wyss, Berner Nationalrätin und Präsidentin der SP-Fraktion in der Bundesversammlung, im Gespräch mit «links».

«Über weite Strecken war's Krisenmanagement»

Die Hälfte der laufenden Legislatur ist vorbei. Gelegenheit für einen Rück- und Ausblick mit Nationalrätin und Fraktionspräsidentin Ursula Wyss. Interview: Stefan Krattiger

Wenn du zurückschaust, alles in allem, bist du zufrieden mit den vergangenen zwei Jahren?

Es waren zwei schwierige Jahre. Wir haben eine gigantische Finanzkrise erlebt und damit verbunden eine Wirtschaftskrise, steigende Arbeitslosigkeit. Das war auch für das Parlament eine enorme Herausforderung.

Wurde das Parlament überrumpelt?

Wir hatten schon beim Festlegen der Legislaturziele mit einer schwierigen Konjunktur gerechnet. Deshalb haben wir auch den Fokus auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik gelegt. Dass es so krass werden würde, hatten aber auch wir nicht befürchtet. Die Fraktion hat jedoch rasch und gut reagiert und alternative Konzepte präsentiert. Wir haben auf Konjunkturmassnahmen gedrängt...

...aber der Bundesrat hat gezögert?

In unseren Augen hat der Bundesrat bis heute zu wenig gemacht. Dank dem Druck der SP ha-

ben wir aber immerhin drei Konjunkturpakete durchsetzen können, die Arbeitsplätze und Kaufkraft erhalten. Zum Beispiel konnten wir via CO₂-Rückerstattung über 600 Millionen Franken direkt an die Bevölkerung zurückgeben. Das sind wichtige Massnahmen zur Stützung der Konjunktur.

Die drei Schwerpunktthemen – Sozialpolitik, Kaufkraft und Erneuerbare – haben sich bewährt?

Ja, das sind nach wie vor die absolut richtigen Themen. Die Fraktion sieht zusätzlich auch das Verhältnis zur EU ganz oben auf der Prioritätenliste. Das waren die zentralen Themen, die uns in den vergangenen Jahren beschäftigt haben – und sie werden es auch in den kommenden zwei Jahren zweifelsohne bleiben.

Abseits der konkreten Ziele: Was sagst du zum Vorwurf, dass die SP die Krise kaum als Chance für sich zu nutzen vermochte?

Fakt ist: Dank den ergriffenen Massnahmen konnte der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten werden. Dasselbe gilt für den Einbruch der Kaufkraft. Dank der SP konnte verhindert werden, dass die Krise der Weltwirtschaft auch bei uns voll durchschlägt. Wir haben damit sachpolitisch wichtige Pflöcke eingeschlagen. Wann sich dies auch bei Wahlen auszahlen wird, wird die Zukunft zeigen.

Die ergriffenen Massnahmen waren die richtigen?

Der Bundesrat hätte sicher rascher reagieren und mehr tun können. In die Infrastruktur beim öffentlichen Verkehr, bei den Gebäudesanierungen oder der Förderung der erneuerbaren Energien hätte man mehr investieren sollen. Im Hinblick auf die für Schweizer Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit wurden vor allem Weiterbildungsmassnahmen zu wenig gewichtet.

Und welches Zeugnis erhält Doris Leuthard?

Ihr ist zunehmend klar geworden, dass ihre ursprünglichen Analysen falsch waren. Noch im Herbst 2008 erkannte sie «Null Indizien für eine Rezession». Sie hat diese absolute Fehleinschätzung im Verlauf der Krise zwar etwas korrigieren können, doch die politischen Massnahmen kamen erst dank uns zustande.

Was war dein persönlicher Höhepunkt der letzten zwei Jahre? Was hat dich am meisten gefreut?
Über weite Strecken waren die beiden Jahre von Krisenmanagement geprägt. Dennoch haben wir in der Energie- und Umweltpolitik wichtige Fortschritte erzielt. So viel wie in den letzten zwei Jahren haben wir zuvor wohl noch nie durchgebracht. Von der Einspeisevergütung, die erneuerbare Energien massiv voranbringen wird, durften wir früher bloss träumen. Ausserdem haben wir eine zweckgebundene CO₂-Abgabe, die für Gebäudesanierungen eingesetzt wird, durchgebracht. Bis vor kurzem wurden dagegen verfassungsrechtliche Argumente vorgebracht. Das waren Höhepunkte – aber auch in diesem Bereich gibt's noch viel zu tun.

Fortschritte bei Erneuerbaren und Kaufkraft, eine Abwehrschlacht bei der Sozialpolitik?
So ist es tendenziell gelaufen. Dabei müsste man in der Krise eigentlich erst recht die automatischen Konjunktur-Stabilisatoren, also die Sozialwerke, stärken. Das hat die bürgerliche Mehrheit konsequent verweigert. Insbesondere bei der Arbeitslosenversicherung. Dort müssen wir einen Verteidigungskampf führen, um Schlimmeres zu vermeiden. Das jüngste Sorgenbarometer zeigt, dass Arbeitslosigkeit die Sorge Nummer eins ist. Das verpflichtet auch die Politik.

Das Referendum ist also unausweichlich?
Jetzt hat der Nationalrat nochmals nachgedoppelt, jetzt betreffen die massiven Verschlechterungen nicht mehr ausschliesslich die Jungen, sondern alle. Wenn die Vorlage so bleibt, wie sie jetzt ist, dann ist das Referendum tatsächlich unausweichlich. Die Schweiz hat einen flexiblen Arbeitsmarkt. Das Gegenstück dazu muss eine starke Arbeitslosenversicherung sein.

Was hat dich am meisten enttäuscht?
Für mich war der UBS-Deal ein Tiefpunkt. Angesichts des gewaltigen Risikos, das den Steuerzahlenden aufgebürdet wurde, war das Vorgehen des Bundesrats ohne Einbezug des Parlaments inakzeptabel. Inhaltlich gilt dasselbe. Die UBS hatte in den USA kriminell gewirtschaftet, war mitverantwortlich für die weltweite Finanzmarktkrise – und wurde dann vom Bundesrat ohne jede Konsequenz mit über 60 Milliarden gerettet. Eigentlich wäre dies der Zeitpunkt gewesen, an dem endlich wieder die Politik die

Rahmenbedingungen für eine gerechte Wirtschaftsordnung hätte setzen müssen. Viele haben damals erwartet, dass jetzt ein Ruck durch die Gesellschaft gehen würde und gewisse Missstände korrigiert würden. Diese Hoffnung hatte auch ich. Dass man schliesslich kaum etwas aus der Krise gelernt hat, das enttäuscht mich sehr. Mindestens die Lohnentwicklungen, aber auch die weiterhin bestehenden Systemrisiken bei den beiden Grossbanken hätten korrigiert werden müssen.

Was hätten wir lernen können?
Unter anderem, dass die Finanzmarktkrise die aussenpolitisch heikle Lage der Schweiz noch

In der Energie- und Umweltpolitik haben wir Fortschritte gemacht.

verschlimmert hat. Wir sind Profiteure von Steuerflucht und wir sind Aussenstehende ohne eine starke Macht wie die EU im Rücken. Wir sind nirgends dabei. Zumindest in der EU müssten wir mitentscheiden können, statt immer alles ungeschaut zu kopieren.

Und das Ja zur Minarett-Initiative? Welche Lehren müssen wir daraus ziehen?
Im Parlament fand kaum eine Auseinandersetzung dazu statt. Die meisten nahmen die Initiative nicht ernst, weil sie keine Probleme löst und rein auf der symbolischen Ebene funktioniert. Gegner und Befürworter haben die Bedeutung dieser Initiative unterschätzt. Hinterher ist die Schlussfolgerung klar: Wir dürfen nicht in populistische Symbolpolitik verfallen. Wir müssen im Bereich der Integration wirkliche Lösungen präsentieren, wir müssen dort, wo reale Probleme im Zusammenleben zwischen Schweizern und Ausländern existieren, Lösungen präsentieren und nicht wegschauen. Wenn auch CVP und FDP diese Schlussfolgerung ziehen, dann sind wir einen Schritt weitergekommen. Gerade die FDP muss aber auch verstehen, dass Integrationsmassnahmen etwas kosten.

Viele wollten ein Zeichen setzen...
Die Politik ist verpflichtet dazu, solche Zeichen ernst zu nehmen! Wenn 57 Prozent der Abstimmenden einem solchen Anliegen zustimmen, dann muss der Unmut über gewisse Entwicklungen wirklich gross sein. Denn höchstens ein Drittel der Stimmbevölkerung hat tief sitzende Fremdenängste, der Rest hat aus anderen Gründen der Anti-Minarett-Initiative zugestimmt. Die Integrationspolitik spielt dabei eine wichtige Rolle.

Es sind also nicht zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer fremdenfeindlich?

Nein, sicher nicht. Wir wissen ja von anderen Abstimmungen, dass höchstens rund ein Drittel fremdenfeindlich motiviert abstimmt. In diesem Fall war aber der Ja-Stimmenanteil deutlich grösser und diese Leute haben damit etwas anderes zum Ausdruck bringen wollen. Fragen der Ausländerpolitik und der Integration sind das eine, die Auseinandersetzung mit dem Islam und dem Islamismus das andere. Deshalb hat sich die Fraktion ja auch damit befasst.

Werden unsere Lösungen wahrgenommen?
Es ist einfacher und medienwirksamer Probleme lauthals zu benennen, als lösungsorientiert an die Sache heranzugehen. Das gibt nicht die fetten Schlagzeilen. Aber: Toleranz und Offenheit haben auch Bedingungen und stossen an Grenzen. Es gibt Dinge, die wir nicht akzeptieren dürfen. Wir wollen keine Unterdrückung im Namen egal welcher Religion, wir wollen, dass alle Kinder am Unterricht und an Schullagern teilnehmen können, dass sie nicht aufgrund religiöser Vorwände ausgegrenzt werden. Es gibt Regeln, die für alle gelten müssen, die in diesem Land leben.

Vom Rück- zum Ausblick: Wie geht's weiter?
2010 wird ein durch und durch sozialpolitisch geprägtes Jahr. Im März haben wir die Abstimmung über die Senkung des Umwandlungssatzes bei der beruflichen Vorsorge. Das würde gerade den Mittelstand dramatisch treffen. Das Gleiche bei der Arbeitslosenversicherung. Da können wir nichts anderes tun, als die Leistungen verteidigen und auf Weiterbildung setzen. Bei der AHV wollen wir einen zeitgemässen Umbau, nicht aber einen Abbau via Erhöhung des Frauenrentenalters. Stattdessen muss dieses mit einer Flexibilisierung gekoppelt werden.

Toleranz und Offenheit haben Bedingungen und stossen an Grenzen.

Zudem kämpfen wir für ein gerechteres Steuersystem. Unsere Initiative dazu wird im Herbst 2010 zur Abstimmung kommen. Gleichzeitig wird der Bundesrat seine neuste Sparkampagne präsentieren. Hier wird eine grosse Auseinandersetzung über die Handlungsfähigkeit des Staates stattfinden.

Und sonst?
Nicht nur sozialpolitisch steht uns einiges bevor. Eine Herausforderung nach dieser Wirtschaftskrise ist auch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Wir wollen dafür Investitionen in erneuerbare Energien fördern. Das schafft technologische Innovation, schützt das Klima und bringt in der Schweiz eine wichtige, aber in der Vergangenheit vernachlässigte Wirtschaftszweige voran.



Einreichung der Energieinitiative am 13. September 2007 vor dem Regierungsgebäude in Schwyz.

SP-Erfolg in Schwyz

Die Resultate der drei kantonalen Vorlagen der letzten Volksabstimmung sind für die SP Kanton Schwyz erfreulich.

Martin Reichlin

Ihr Einsatz im Kantonsrat und auf der Strasse wurde mit einem klaren Ja zum öV-Gesetz und zum Energiegesetz sowie einem grossen Achtungserfolg für die Energieinitiative belohnt.

2007 reichte die SP ihre Energieinitiative ein. Diese verlangte, dass auch im Kanton Schwyz endlich ein Gesetz zur umfassenden Förderung der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz geschaffen wird.

Die erfolgreiche Unterschriftensammlung bewirkte, dass bereits vor der Abstimmung ein solches Gesetz in Auftrag gegeben wurde. Da dieses die Forderungen der SP jedoch nur ungenügend erfüllte, zog sie die Initiative nicht zurück. So wurde am letzten Abstimmungssonntag sowohl über das Energiegesetz wie auch über die Energieinitiative abgestimmt.

Obwohl die bürgerlichen Parteien, der Gewerbe- und der Hauseigentümergebund die Initiative aus mehrheitlich ideologischen Gründen bekämpften, stellte die SP ein überparteiliches Unterstützungskomitee auf die Beine. In diesem engagierten sich Exponentinnen und Exponenten der SP (vorab Fraktionschef Patrick Notter und Nationalrat Andy Tschümperlin) und anderer Parteien zusammen mit zahlreichen Unternehmerinnen und Unternehmern. Zu diesen gehörte vor allem Josef Grab, Architekt des ersten Plus-Energie-Mehrfamilienhauses der Schweiz in Bennau (SZ) und nationaler sowie europäischer Solarpreisträger. Dank des uner-

müdlischen Einsatzes dieses Komitees schaffte die Initiative einen Ja-Anteil von 47 Prozent! Zusammen mit dem deutlichen Ja zum Energiegesetz wahrt sich der Kanton Schwyz so die Chance, energiepolitisch zu den fortschrittlicheren Kantonen aufzuschliessen.

Die Revision des Gesetzes über die Förderung des öV geht auf einen Vorstoss von SP-Kantonsrätin Karin Schwiter zurück. Das Gesetz ermöglicht nun dem Kanton auch ohne Mitwirkung

Die SP hat auch in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik etwas zu sagen.

des Bundes eine finanzielle Beteiligung an Infrastrukturprojekten des öffentlichen Verkehrs, zum Beispiel die Vorfinanzierung von Bahnanlagen. Auch im Kanton Schwyz steigen die Passagierzahlen, die Nutzerinnen und Nutzer bekommen immer häufiger Kapazitätsengpässe zu spüren. Die klare Annahme der Revision erlaubt eine gezielte und bedarfsgerechte Verbesserung.

Die Vorlagen sind sowohl nötige Schritte zu aktivem Klimaschutz als auch wichtige Beiträge für eine konstruktive Wirtschaftspolitik. Mit diesem insgesamt erfolgreichen Engagement zeigt die SP, dass sie nicht nur in der Sozialpolitik, sondern auch in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik etwas zu sagen hat.



reichlin.m@bluewin.ch
Martin Reichlin ist Präsident
der SP Kanton Schwyz



Thomas Christen
Generalsekretär

Schlag auf Schlag

Das Ausländerthema komme nun Schlag auf Schlag, berichtete vor kurzem Radio DRS. Etwa mit Harnos. Was das Bildungsthema Harnos mit AusländerInnen zu tun hat, wurde zwar nicht erklärt. Die Botschaft aber war eindeutig: Die Sorgen der ganzen Bevölkerung drehen sich um AusländerInnen. Die meisten Medien teilen offenbar diese Sicht, allen voran der Tages-Anzeiger: Er berichtet von zu hohen Mieten – verursacht durch die Ausländer. Von zu hohem Verkehrsaufkommen – verursacht durch die Ausländer. Und vom Anstieg der Sozialhilfe – verursacht durch Ausländer. Alles innerhalb von wenigen Tagen. Schlag auf Schlag.

Das letzte Woche veröffentlichte Sorgenbarometer spricht eine andere Sprache. Das in den Medien omniprésente Ausländerthema findet man weit hinten. Die vier Themen, welche die Leute am meisten beschäftigen, sind:

1. Arbeitslosigkeit: Die SP teilt diese Sorgen. Darum wehren wir uns gegen den vom Nationalrat beschlossenen Abbau bei der Arbeitslosenversicherung. Und wir setzen uns ein für neue Jobs. Mit der Initiative «Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien».
2. Gesundheitswesen: Die Prämien werden wohl auch 2010 stark ansteigen. Und der Krankenkassen-Dschungel ist weiterhin von Intransparenz und Ineffizienz geprägt. Die SP will Abhilfe schaffen. Gemeinsam mit weiteren Organisationen werden wir das Projekt für eine nationale Gesundheitskasse wieder vorantreiben.
3. Altersvorsorge: Diese Sorgen sind leicht zu verstehen. Während noch vor einem Jahr über Nacht 60 Milliarden für die UBS gefunden wurden, will man jetzt die Renten um über zehn Prozent senken. Dagegen wehrt sich die SP.
4. Soziale Sicherheit: Es ist klar, dass in wirtschaftlichen Krisenzeiten die Unsicherheit gross ist. Die SP setzt sich gegen den geplanten Abbau bei der AHV ein. Und wird gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Initiative für einen flächendeckenden Mindestlohn lancieren. Das Sorgenbarometer ist nur eine Momentaufnahme. Trotzdem: Es gibt einen Fingerzeig, welche Themen die Leute wirklich beschäftigen. Für eine Partei ist es wichtig, konkrete Antworten auf diese Themen zu haben. Insbesondere darum, weil diese Themen das nächste Jahr tatsächlich Schlag auf Schlag kommen.

KNALLROT

Julia Gerber Rüegg
Co-Präsidentin der
SP-Frauen Schweiz



Die feministische Burka oder was die Suppe am Kochen hält

Das Ja zum Minarett-Verbot war ein Schock – die mediale Schlacht danach auch. Aus prononcierten Stellungnahmen wurden populistische Verkürzungen. Die Medienlandschaft mischte kräftig mit, auf dass die Suppe der Symboldebatten kräftig weiter brodle.

Übergekocht ist sie, als ich fälschlicherweise als Anhängerin eines Burka-Verbots zitiert wurde. Die SP-Frauen haben bereits im September erklärt, die Burka sei zwar eine klare Menschenrechtsverletzung, aber für ein Verbot in der Schweiz gebe es heute keinen Handlungsbedarf. Nötig seien jedoch vermehrte Anstrengungen für die Integration und breite Informations- und Sensibilisierungskampagnen für die Umsetzung der Frauenrechte.

Die Reaktionen auf das Burka-Verbot waren heftig.

Gut so! Endlich redet die Schweiz über Frauenrechte statt über Phallussymbole! Allerdings macht die Männerpartei aller Männerparteien, die SVP, dabei in absurder Weise von sich reden. Sie gefällt sich in der Selbstdarstellung als Retterin der Gleichstellung von Frau und Mann. Im gleichen Atemzug will sie die Fachstellen für Gleichstellungsfragen schliessen oder deren Budgets zusammenstreichen – wie das gerade in Zürich der Fall war.

Und strenge Feministinnen haben die feministische Burka entdeckt: Ihr Verbot sei grundsätzlich und in jedem Fall paternalistisch und gegen die Selbstbestimmung. Dann gibt es jene, die die Frauenrechte aus einem ethnologischen Blickwinkel relativieren möchten. Die ähnliche Diskussion haben wir bereits im Zusammenhang mit dem Verbot von Genitalverstümmelungen geführt, das selbstverständlich von Aufklärungskampagnen begleitet sein muss, wie das die SP Frauen mit einem Doppelvorstoss forderten.

Jede politisch tragfähige Lösung setzt Verhandlungen und Diskussionen voraus. Die Frage ist aber, welche Konzessionen gemacht werden.

Für die SP-Frauen ist klar: Frauenrechte sind nicht verhandelbar! Auf welchem Weg sie garantiert werden können, darüber müssen und wollen wir reden!

DEUTSCHLAND

Der rote Faden der Sozialdemokratie

«Links sein» bedeutet, für Gesellschaften einzutreten, «die gerecht sind, weil Freiheit und Verantwortung, Freiheit und Solidarität, Freiheit und Gerechtigkeit aneinander gebunden sind», umriss der frisch gekürte SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel auf dem Bundesparteitag am 13. November die ureigenste Herausforderung der Sozialdemokratie. Martin Schulz

Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie zieht sich als roter Faden durch die 146-jährige Geschichte der SPD. Die Partei von August Bebel und Wilhelm Liebknecht

gab an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, im Umbruch von der Agrar- zur Industriegesellschaft, einer entrechteten und geknechteten Arbeiterschaft Stimme, Würde und Macht. Die Partei von Friedrich Ebert und Philipp Schneidemann sprach sich im Geiste der Völkerverständigung und Versöhnung 1925 in Heidelberg als erste Partei für das Vereinigte Europa aus. Die Partei von Otto Wels hat die Demokratie verteidigt, als im März 1933 Hitlers Ermächtigungsgesetz die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien fand, und die Partei Kurt Schuhmachers gründete sich neu, um aus den Trümmern des Faschismus wieder eine Demokratie aufzubauen. Und die Partei Willy Brandts legte mit ihrer Entspannungspolitik mitten im Kalten Krieg den Grundstein für die Osterweiterung der EU.

Heute stellt sich, ähnlich wie in den Gründungsjahren der SPD, erneut die Frage der sozialen Gerechtigkeit, angesichts eines globalen Kapitalismus. Eine immer stärkere wirtschaftliche Globalisierung brachte enorme Produktivitätsfortschritte und Wohlstand für einige, nicht für alle. Soziale Ausgrenzung und strukturelle Arbeitslosigkeit – in dieser Gestalt kehrt die soziale Frage ins 21. Jahrhundert zurück. Die Herausforderung an die Politik lautet, die Globalisierung fair, sozial und nachhaltig zu gestalten. Doch im Zeitalter des weltweit vernetzten Kapitalismus sind Nationalstaaten auf sich allein gestellt nur beschränkt handlungsfähig. Um sozi-

ale und demokratische Gestaltungsmacht über wirtschaftliche Entwicklungen zurückzugewinnen, brauchen die Menschen in Europa eine starke und solidarische Europäische Union.

Denn während sich die Wirtschaft im Binnenmarkt europäisierte, blieb der Sozialstaat national. Jetzt ist die alte Waffengleichheit von Kapital und Arbeit im EU-Binnenmarkt gefährdet. Wir wollen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion durch eine gleichrangige Sozialunion ergänzt wird, um den europäischen Binnenmarkt in eine politische und soziale Ordnung einzufassen.

Klar ist, Europa muss sozialer werden und braucht einen Ordnungsrahmen mit fairen Re-



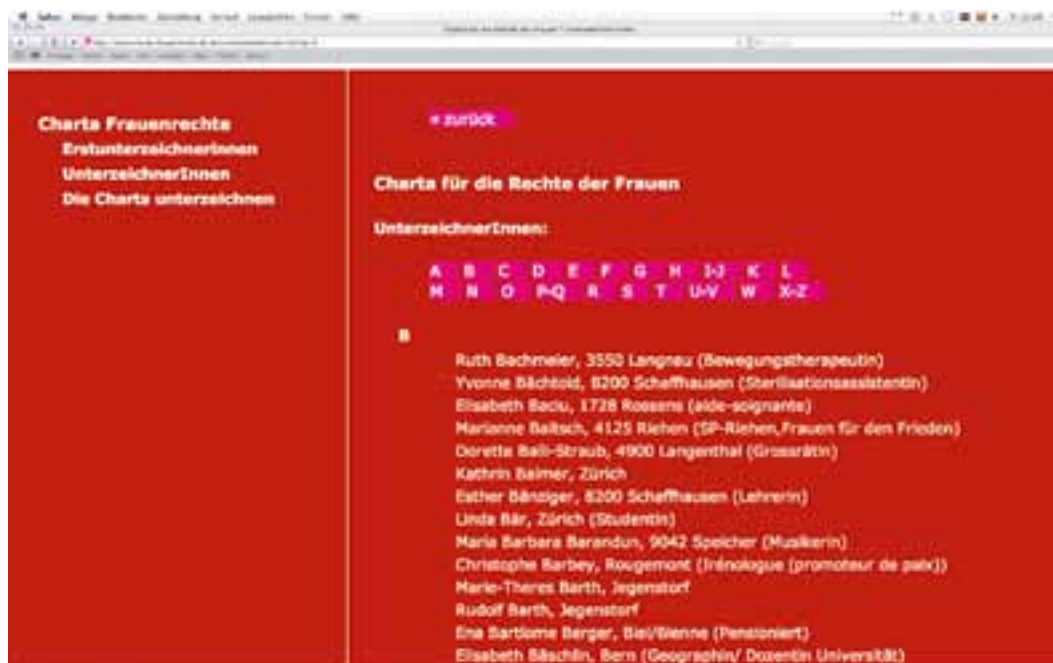
Europa muss sozialer werden und braucht faire Regeln für die Märkte und fortschrittliche soziale Rechte für die Menschen.

geln für die Märkte und fortschrittlichen sozialen Rechten für die Menschen. Das ist für die deutsche und europäische Sozialdemokratie das grosse Integrationsprojekt im 21. Jahrhundert. Als erster Europa-Beauftragter der SPD werde ich dafür kämpfen, dass die Sozialdemokratie europäischer und Europa sozialdemokratischer wird.

europabuero.schulz@spd.de

Vorsitzender der Fraktion der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament und EU-Beauftragter der SPD





GLEICHSTELLUNG

Charta der Frauenrechte

Die SP hat am Tag der Menschenrechte vier Vorstösse zur Gleichstellung und gegen häusliche Gewalt eingereicht und am 6. Dezember die Charta der Frauenrechte lanciert. Zwei konkrete Beiträge, um die Gleichstellung der Geschlechter und die Umsetzung der Menschenrechte zu garantieren. Barbara Berger

Die Gleichstellung von Frau und Mann ist ein wichtiger Wert. Deshalb ist sie auch in der Verfassung verankert. Mit der Ratifizierung der UNO-Konvention gegen alle Formen der Diskriminierung der Frauen (CEDAW) wurde dies bekräftigt. Die Schweiz erstattet regelmässig über die Gleichstellung Bericht und die UNO gibt verbindliche Empfehlungen ab. Die Empfehlungen vom August stellten einige erfreuliche Verbesserungen, aber auch grosse Defizite fest: darunter die Gewalt in Partnerschaften, die zwischen 10 bis 20 Prozent der Frauen und vermehrt auch Männer betrifft.

Nationalrätin Silvia Schenker fordert in ihrer Motion die Schliessung der im Bericht «Gewalt in Partnerschaften» festgestellten Forschungslücken und die Verbesserung der Statistiken. Auf die Dringlichkeit des Handelns weist Nationalrätin Maria Roth-Bernasconi in ihrer Interpellation hin. Der nächste Bericht zur CEDAW ist nämlich bereits in zwei Jahren fällig. Nationalrat André Daguét verlangt per Motion eine nationale Sensibilisierungskampagne gegen Gewalt in Partnerschaften. Dabei ist die Prävention in Schulen enorm wichtig, wie das der Kanton Waadt mit der «Schule der Gleichstellung» vornimmt. Nationalrätin Doris Stump fragt in ihrer Interpellation konkret nach der Umsetzung der

UNO-Empfehlungen und im Speziellen nach einer umfassenden Gesetzgebung zum Schutz vor Gewalt an Frauen.

Menschenrechte – dazu gehören auch Frauenrechte – sind nicht verhandelbar, und sie müssen in der Schweiz noch besser umgesetzt werden. Denn in der Umsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann liegt ein enormes Fortschrittspotenzial für die Schweiz. Deshalb haben die SP-Frauen Schweiz zusammen mit einem überparteilichen Komitee die Charta für die Rechte der Frauen lanciert. Denn wir spielen nicht einfach mit Symbolen, sondern setzen uns klar für die Frauenrechte ein! Deshalb laden wir alle ein, die Charta der Frauenrechte zu unterschreiben und einer Plattform beizutreten, die den offenen Dialog über Integration und Migration sucht und sich dabei ihrer Werte klar bewusst ist – der unverhandelbaren Frauenrechte!

→ www.sp-frauen.ch

barbara.berger@spschweiz.ch
Zentralsekretärin SP-Frauen Schweiz



Energietagung der SP

BERN Am 12. Februar (10.15 bis 17.30 Uhr) findet im Hotel Bern die Energietagung der SP Schweiz statt. Die SP lanciert Anfang 2010 eine Volksinitiative, die als Hauptforderung den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien sowie die Förderung der Energieeffizienz beinhaltet. Ziel ist, die Schweiz aus ihrer Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energien zu befreien, Arbeitsplätze zu schaffen und den Wohlstand der ganzen Bevölkerung langfristig zu sichern. Der Gesamtenergieverbrauch der Schweiz muss 2030 mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien gedeckt werden. An der Tagung diskutieren wir mit Energiefachleuten und PolitikerInnen und überlegen gemeinsam mit euch, wie wir das Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung erreichen können. Für Fragen: chantal.gahlinger@spschweiz.ch

Geschenk für Familien

SCHWYZ Mitte Dezember reichte das von der SP des Kantons Schwyz initiierte und breit abgestützte Komitee mit einem symbolischen grossen Weihnachtspaket rund 3000 Unterschriften ein. Sie wurden in den letzten drei Monaten für die kantonale Initiative «Familien stärken – Ja zu Ergänzungsleistungen für Familien» gesammelt. Nicht nur der Reichtum, sondern auch die Armut nimmt im Kanton Schwyz stetig zu. Besonders Familien sind immer stärker von Armut bedroht oder betroffen. Viele Familien verfügen zwar über ein Einkommen, sind aber «working poor». Besonders trifft dies Ein-Eltern-Haushalte und Familien mit mehr als zwei Kindern. Genau hier können Ergänzungsleistungen Abhilfe schaffen.

Im Klimazug nach Kopenhagen

BERN Mit Bundesrat Moritz Leuenberger an Bord ist der Klimazug nach Kopenhagen am 16. Dezember in Bern gestartet. Ebenfalls mit von der Partie: die beiden Nationalräte Roger Nordmann und Eric Nussbaumer sowie JUSO-Präsident Cédric Wermuth. Die Forderung der SP ist klar: Eine deutliche Senkung des CO₂-Ausstosses um mindestens 30 Prozent im Inland bis ins Jahr 2020, wie es die Klimainitiative vorsieht. Bei Redaktionsschluss war das Ringen am ins Stocken geratenen Klimagipfel noch in vollem Gange.

SP-Parolen für den 7. März

BERN Die Geschäftsleitung der SP Schweiz hat die Abstimmungsparolen für die eidgenössischen Vorlagen vom 7. März 2010 gefasst. Sie stellt sich einstimmig gegen die Senkung des Umwandlungssatzes. Dieser mündet in einen unsozialen und verantwortungslosen Rentenklaus. Der Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere» und dem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen stimmt die SP zu.

ROTSTICH

Jeder Rappen zählt

«Vor einigen Wochen warnte FDP-Präsident Fulvio Pelli davor, dass die Wirtschaftskrise vorüber sei», schreiben die FDP. Die Liberalen (vormals bekannt als FDP) und lassen es die ganze Welt wissen. Sapperlot! Man stelle sich das mal vor. Kaum hat man sich einigermaßen daran gewöhnt, ist auch schon wieder Schluss. Zuerst hüst, dann wieder hott. Wie soll man da als politische Partei seriös arbeiten? Was ist mit Planungssicherheit?

Damit wären wir dann auch gleich bei den guten Vorsätzen fürs neue Jahr. Die FDP nimmt sich vor, ihren Pressedienst künftig vor dem Versand doch nochmals gründlich gegenlesen zu lassen. Auch wenn das nicht mehr ganz so effizient ist dann. Daniel Vasella will Gutes tun, das hat er jüngst zu frühmorgendlicher Stunde auf DRS3 im Rahmen eines harmlos-rührigen Smalltalks mit Radio-Mann Mario Toriani durchblicken lassen – und selbstlos ein firmenfinanziertes Malaria-Sightseeing-Reisli für zwei Personen nach Afrika gespendet.

Dass sich ausgerechnet «Super-Dan» anlässlich einer vorweihnachtlichen, halbstaatlichen Spendenaktion gegen Malaria (nicht gegen die Krise, die ist ja bald vorbei) mit dem Namen «Jeder Rappen zählt» profiliert, mag die kritische Beobachterin oder den kritischen Beobachter auf den ersten Blick ein klein wenig befremden. Bei genauerem Hinsehen offenbart sich selbstverständlich, dass dieses Statement als aufrichtiger Aufruf an alle «working poor» und Wenigverdienerinnen und -verdiener zu Spar- und Gnügsamkeit zu verstehen ist.

Die sollten sich nämlich schleunigst auch mal einen guten Vorsatz fürs 2010 zulegen. Sparen, das ist doch eine tolle Idee. Schliesslich zählt ja jeder Rappen. Für den einen ein bisschen weniger, für viele andere ein bisschen mehr.

Stefan Krattiger

BILD DES MONATS



Die öffentliche Hand muss beim Einkauf von Waren sicherstellen, dass diese unter fairen Arbeitsbedingungen und ohne Ausbeutung produziert wurden. Dafür setzt sich das SAH ein. Ende November haben Christian Levrat und Hans-Jürg Fehr auf dem Bundesplatz 100 Riesen-Ballone fliegen lassen – einen für jede Gemeinde, in der entsprechende Vorstösse eingereicht wurden.

LESERINNENBRIEFE

«links» 104, 12/09 – **Debatte über Präimplantationsdiagnostik**

Gebot der Vernunft

Es ist ein Gebot der Vernunft und der Menschlichkeit, PID endlich zuzulassen und dem absurden Verbot ein Ende zu setzen. Es ist absolut nicht nachvollziehbar, wie Hans Widmer PID als unethischer darstellen kann, als Pränataldiagnostik. In beiden Fällen geht es darum, ob eine Frau/ein Paar mit der Aussicht auf ein behindertes Kind fertig werden kann. Das Verbot mutet betroffenen Frauen zu, sich einen Embryo einpflanzen zu lassen, der möglicherweise krank ist, sich dann, wenn die Fertilisation gelingt, nach Wochen des Hoffens und Bangens in der 14. Schwangerschaftswoche einer pränatalen Untersuchung zu unterziehen und – bei schlechtem Befund – den dramatischen Entscheid über den Abbruch der Schwangerschaft fällen zu müssen.

Anne-Marie Rey, Zollikofen

Ein weiteres Versuchsfeld

Schon jetzt ist mit der In vitro-Fertilisation, die für die Betroffene eine Belastung darstellt, nicht zu über-

prüfen, ob nicht unerlaubte Forschung betrieben wird. Wie kann beurteilt werden, ob nicht mehr als die erlaubten Eier entnommen oder sonst wie «verarbeitet» werden? Welchem gesellschaftlichen Druck sind sie schon heute ausgesetzt, wenn es ein übers andere Mal nicht klappt? Dies wird sich noch verschärfen, wenn durch die pränatale Diagnostik ein weiteres Versuchsfeld für Forschende zugelassen wird. Das Argument, dann würde das halt im Ausland gemacht, ist so wenig stichhaltig wie bei der Waffenausfuhr-Initiative (wenn die Schweiz nicht liefert, liefern eben andere). Viel wichtiger erschiene mir, sich dafür einzusetzen, dass Adaptionen weniger bürokratische Hürden hätten.

Barbara Kehl-Zimmermann, Basel

«links» 104, 12/09 – **«Böse Überraschung»**

Linke Antworten

Der Himmel ist weit genug, die Köpfe hingegen sind eng. Das Ja zum Minarettverbot bedeutet für die SP, dass sie in 2 Jahren eine weitere Wahlschlappe erlei-

den, die SVP auf der anderen Seite einen Erdrutschsieg einfahren wird, wenn es uns nicht endlich gelingt, eine glaubwürdige linke Antwort auf das populistische Kulturkampf-, Anti-Ausländer und Anti-Menschenrechtsgeschrei von rechts zu entwickeln. Wenn sich heute Feministinnen ins Lotterbett mit der Rechten legen, obwohl diese mit der Emanzipation der Schweizer Frauen rein gar nichts am Hut haben, müssten die Alarmglocken nur so schrillen. Die SP sollte möglichst umgehend eine breit abgestützte Konzeptgruppe ins Leben rufen, welche die Alltagsorgen der SchweizerInnen im Zusammenhang mit MigrantInnen aufnimmt, und eine offene Diskussion darüber führen.

Markus Eisenring-Lämmli, Zürich

LeserInnenbriefe

Je prägnanter deine Zuschrift, desto grösser die Chance, dass sie veröffentlicht wird. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

SP Schweiz, Redaktion «links»
Spitalgasse 34, 3001 Bern
leserinnenbriefe@spschweiz.ch

PREISRÄTSEL VON HANS-JÜRG FEHR

1	2	3	4	5	6						7	8
9						10	11	12			13	
14			15			16			17	18		
19					20						21	
		22						23				24
25			26				27	28		29		
30				31						32		
	33				34	35				36		
37				38	39				40		41	42
43		44			45		46	47			48	
49	50				51		52				53	
54					55						56	
	57				58				59			60
61											62	

WAAGRECHT 1 Schwer angeschlagene heilige Kuh des Schweizer Finanzplatzes 9 So einer machte aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion ein gewaltiges Vermögen 12 Handelbare Wertpapiere 14 Wenn ein Goldsucher das fand, fühlte er sich im Eldorado 16 UBS-geprägter Chef der Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde des Bundes 19 Nutzen das Internet 20 Finanzhai, der in meist unfreundlicher Absicht Firmen jagt 21 Sie nennen ihn so, den Schweizer Farmer an der Spitze der Deutschen Bank 22 Weltumspannender Club von meist einflussreichen Männern 23 Von der Bankenkrise am härtesten getroffenes europäisches Land 26 Teil der Kreisfläche 29 Soll auf lateinisch und abgekürzt «Gesund dank Wasser» machen und fehlt darum in keiner Wellness-Oase 30 In dieser Hochburg des neoliberalen Kapitalismus begann im Sommer 2007 der Schlamassel 31 Vom Vorwurf, so eine zu sein, konnte sich die Schweiz nur noch durch Anpassung an die in der OECD gebräuchliche Amtshilfe befreien 33 Steht beim Duell Schmiere 36 Ist in der Formel 1 oft wichtiger als der Fahrer 37 Enthält das gesamte Erbgut eines Lebewesens 39 Lohn der Arbeit 40 Diese unbeaufsichtigten Fonds waren mitschuldig am Absturz der Finanzmärkte 43 Es finanziert den Lebensunterhalt nach der Pensionierung 47 Diese New Yorker Strasse ist das Mekka der Banker 49 Viel Geld floss dieser genossenschaftlich organisierten Bank aus den gescheiterten Grossbanken zu 53 Vom Casinokapitalismus zur Tugend erklärte Sünde 54 Personifiziert in der Schweiz die Abzocker 55 In der Regel wird hier gejubelt, wenn andernorts Leute entlassen werden 56 Erscheinungsbild einer Firma oder Organisation (Abk.) 57 Gehaltsbestandteil von Managern, der erst nach ein paar Jahren bezogen werden darf 59 Der Sound der Streetparade 61 Drohte den Schweizer Indianern mit der deutschen Kavallerie 62 Umgebautes Flaggsschiff des Tamedia-Konzerns mit stark reduzierter Besatzung (Abk.)

SENKRECHT 1 Diese Belohnung für speziell gute Leistungen zahlen sich die Bankmanager auch aus, wenn sie Verluste schreiben 2 Martin Ebner und Christoph Blocher verkauften dieses einstige Zugpferd der Schweizer Industrie ins Ausland 3 Grösstes und öereichstes Land Afrikas 4 Eher seltene Rechtsform für eine Firma (Abk.) 5 Sind zu Besuch 6 Resultiert aus dem Verkauf von Waren und Diensten 7 Stilles Gewässer 8 Grussworte ans Publikum 10 Heiratsschwindler sind damit reich gesegnet 11 Schwimmt auch in der Finanzwelt herum 12 Will den Schweizer Detailhandel aufmischen 13 Lieber so als out 15 So nannte Brecht die Bosse und Bonzen 17 Versuchsordnung 18 Erst der Absturz in der Finanzkrise brachte dieses Landes dazu, Ja zum neuen EU-Vertrag zu sagen (Abk.) 21 Wirtschaftlich ein Riese, politisch bloss Durchschnitt, militärisch ein Nichts 24 Hier sitzt der Riecher 25 Diese Familie aus Augsburg verkörpert den spätmittelalterlichen Frühkapitalismus 27 Dahin wird sich 23 waagrecht retten 28 Aktien werden selten zu ihm gehandelt, dennoch steht er drauf 31 Im Kalten Krieg erfrorone Grossmacht (Abk.) 32 Deutscher Autohersteller in amerikanischem Besitz mit ungewisser Zukunft 34 Europäischer Kleinstaat, der damit rechnen muss, wegen der Klimaerwärmung unter die Wasser zu kommen 35 Dieses Pünktchen vor dem «com» gab der vorletzten Finanzkrise den Namen 38 Historische Epoche (Abk.) 40 Während 38 senkrecht ein bedeutender Handelsverbund in Nordosteuropa 41 Geschütztes Hochmoor im Bündnerland 42 Er wird im Gegensatz zum Dollar gestärkt aus der Krise hervorgehen 44 Grossfamilie 45 Stufe auf der Tonleiter 46 Kommt jedes Jahr um den Klausurtag herum zu Ehren 48 Sorgt für Helligkeit 50 Das Gegenteil von Juso 51 Fürstliche Hochburg für Steuerflüchtlinge (Abk.) 52 Elektrisch geladenes Atom, in Rumänien auch männlicher Vorname 53 Ein etwas allzu modebewusster Mann 54 Arbeitsplatz für Chirurgen 55 Das macht man in den USA aus dem Robert 58 Vorwort 60 Kleinkanton mit grossem Herzen für die armen Superreichen

ROTE OHREN

Während Ständeratskandidat **Roberto «Röbu» Zanetti** Facebook für Wahlkampfzwecke nutzt, dient es anderen für allerlei



Jux und Tollerei. Aber nicht jede und jeder durchschaut Absurditäten wie die Gruppe «Zürich zu Deutschland!»

sofort. Illustriert mit Parteilogos, animierte diese einen Besorgten, von der SP hoch offiziell eine Stellungnahme zu erbitten. Sollten wir die Externalisierung unterstützen, lässt er wissen, sei dies «eine Verletzung der territorialen Souveränität» und als «Hochverrat zu werten». Oha läzt!

Das weibliche Triumvirat der Eidgenossenschaft, bestehend aus Nationalrats-, Ständerats- und Bundespräsidentin beehrte die



SF-Sendung «Classe Politique» mit seiner Präsenz. Im Gegenzug wurde den dreien die «goldene Helvetia»

verliehen, worauf beim Exemplar von **Pascale Bruderer** prompt die von der Miniatur-Landesmutter umklammerte Stichwaffe zu Bruch ging. So sieht es aus, wenn jemand eine Lanze für die Gleichstellung bricht.

Wer sich schon gefragt hat, was Nationalrat **Hans-Jürg Fehr** in seiner Freizeit tut, ist jetzt etwas



schlauer: Er bastelt Rätsel wie das nebenstehende. Zu gewinnen gibts eine Übernachtung für zwei Personen im Parkhotel

Brenscino in Brissago und 2 x 50 Franken Reka-Checks. Schicke uns das Lösungswort (34 8 59 23 60 14 50 39 55 12 28 4) bis am 15.1. per Post (SP Schweiz, Spitalgasse 34, 3001 Bern) oder per Mail (raetsel@spschweiz.ch).

Theorie und Praxis

Das Interesse am erstmals durchgeführten Nachwuchsprogramm «Junge Perspektiven» war gross. Nächstes Jahr geht's in die zweite Runde. Rithy Chheng



Ich habe gerne an den Veranstaltungen teilgenommen, denn dieses Programm hat mir ermöglicht, mich politisch überregional mit anderen interessanten, jungen Menschen zu vernetzen und mit erfahrenen Politikerinnen und Politikern in Kontakt zu treten. Folglich konnte ich mein politisches Netzwerk erweitern. Neben der Vermittlung des politischen Fachwissens habe ich mir in Rede-, Schreib- und Medientrainings unter anderem die Kunst der Rhetorik angeeignet oder auch gelernt, welche Elemente für einen medienwirksamen Auftritt relevant sind.

Nach der Theorie folgte in der Regel ein praktischer Teil, bei dem ich das neue Wissen unmittelbar anwenden konnte. Besonders gefallen hat mir der Blick hinter die Kulissen. Beispielsweise durfte ich



© Ex-Press

«Junge Perspektiven» ermöglicht interessante Einblicke in Bundesbern.

in der Polit-Sendung «Arena» oder in der «Classe Politique» als Zuschauer auf den hinteren Sitzreihen Platz nehmen. Auch gesellige Anlässe wie zum Beispiel ein Apéro im Bundeshaus kamen nicht zu kurz. Den Erfahrungs- und Gedankenaustausch während den Veranstaltungen sowie in den Pausen

empfand ich als wertvolle Bereicherung.

Ich kann allen jungen Mitgliedern von SP und JUSO die Teilnahme an diesem Förderprogramm wärmstens empfehlen, weil dort das erforderliche Rüstzeug für

ein verstärktes politisches Engagement mitgegeben wird.

«Junge Perspektiven» wird im Jahr 2010 nochmals durchgeführt. Eine rasche Anmeldung ist auf-

Der Erfahrungsaustausch war eine wertvolle Bereicherung.

PROGRAMM

Du bist zwischen 18 und 26 Jahre alt und hast Lust auf politische Vernetzung und gemeinsames Engagement?

Wir bieten dir:

Austausch mit anderen jungen, engagierten Mitgliedern • direkten Kontakt zu erfahrenen PolitikerInnen • Fachwissen und die richtigen Kontakte • Redetraining und Schulung im Umgang mit Medien

Du bietest uns:

Interesse an Engagement • aktive Teilnahme am Programm • Zeit, Tatendrang, Energie und Mitwirkung • Verlässlichkeit, Diskussionslust und Teamfähigkeit

Anlässe 2010 in Bern

– Samstag, 27. März 2010 – **Partei und Politik** (ganztags): Geschichtliche und aktuelle politische Schwerpunkte der SP

– Samstag, 24. April 2010 – **Kampagnen und Aktionen** (ganztags): Theoretische und praktische Kampagnenplanung

– Samstag, 19. Juni 2010 – **Schreibtraining/Umgang** mit Printmedien (ganztags): Wie schreibe ich Texte, damit sie abgedruckt werden? Wie pflege ich den Umgang mit Journalistinnen und Journalisten? Genderaspekt in den Medien.

– Samstag, 21. August 2010 – **Inhalt wird noch festgelegt:** Je nach Anzahl der Anmeldungen organisieren

wir ein «Treffen mit Politgrössen» für alle Interessierten oder einen weiteren Bildungsanlass.

– Dienstag, 21. September 2010 – **Fraktionsevent** (nachmittags): Der Event findet während der Session im Bundeshaus statt mit anschliessendem Apéro.

– Samstag, 27. November 2010 – **Medientraining** (ganztags): Wir üben den Umgang mit Radio und TV.

Interessiert?

Mehr Infos und Anmeldung unter www.spschweiz.ch/perspektiven. Falls du Fragen hast, hilft dir Monika Bolliger gerne weiter: 031 329 69 91, monika.bolliger@spschweiz.ch

grund der grossen Nachfrage ratsam. An dieser Stelle bedanke ich mich nochmals ganz herzlich bei den Organisatorinnen und Organisatoren, welche die Veranstaltungen mit Freude und grossem Engagement durchgeführt und dafür meistens ihre freien Samstage «geopfert» haben.

Los, melde dich an! Junge, motivierte Personen bringen die Partei voran und sind die Basis für ihren Erfolg – und damit auch für eine gerechte, soziale und nachhaltige Schweiz. Wir sind die Zukunft!

rithychheng@gmail.com

Rithy Chheng ist Jurist und Stadtrat in Bern



DIE SP TRAUERT

Wir nehmen Abschied von zwei engagierten Genossen und sprechen den Angehörigen unser tief empfundenes Beileid aus.



Der ehemalige Tessiner Nationalrat und Journalist **Dario Robbiani** ist gestorben. Er erlag im Spital von Lugano einem Krebsleiden. Dario wurde 1939 im Grenzort Novazzano geboren und litt seit langem an Leberkrebs. Seine Krankheit thematisierte er in seinem Buch «Hotel Civico, impressioni di un paziente impaziente». Natürlich machte sich Robbiani nicht nur als SRG-Journalist und als Buchautor einen Namen, sondern vor allem auch als Politiker. Von 1979 bis 1987 war er Mitglied des Nationalrats und er hatte zwischenzeitlich auch das Amt des Fraktionspräsidenten inne.



Am 7. Dezember hat **Gian-Reto Plattner** kurz vor seinem 70. Geburtstag den Kampf gegen seine schwere Krankheit verloren. Gian-Reto sass für den Kanton Basel-Stadt von 1991 bis 2003 im Ständerat, den er 2002/2003 präsidierte. Er gehörte zahlreichen Kommissionen an. Er war Mitglied der Aussenpolitischen Kommission, der Kommission für Wirtschaft, Bildung und Kultur, der Kommission Umwelt, Raumplanung und Energie und der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. Schwerpunkte seines Wirkens in der kleinen Kammer waren unter anderem der Kampf gegen den Kauf der Kampffjets FA-18, die Familien- und Unternehmenssteuern, die Europapolitik sowie die Hochschulpolitik.

IMPRESSUM

Herausgeber
SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34
3001 Bern, Telefon 031 329 69 69
Fax 031 329 69 70
Erscheint 11 Mal pro Jahr

Auflage 48 000

Abonnementspreise
Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos
linksabo@spschweiz.ch

Redaktion
Stefan Krattiger (Chefredaktion), Barbara Berger (SP-Frauen), Niklaus Wepfer (SP Kanton Solothurn), Nicole Amacher (SP Basel-Stadt), Ruedi Brassel (SP Baselland), Daniel Furter (SP Kanton Bern), Katharina Kerr (SP Kanton Aargau), Daniel Ludin (SP Kanton Luzern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion
stefan.krattiger@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept
muellerluetolf.ch

Produktion
Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck
Rotaz AG, Postfach 36, 8201 Schaffhausen

Anzeigen
Kretz AG, General Wille-Strasse 147, 8706
Feldmeilen, Telefon 044 925 50 60, Fax 044
925 50 77, links.annoncen@kretzag.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.12.
Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 18.1.

12. Februar
**Energietagung der SP
Schweiz in Bern** (siehe Kurz-
meldung auf Seite 15)

26. Februar
**Koordinationskonferenz
der SP Schweiz in Bern**

27. Februar
**Delegiertenversammlung
der SP Schweiz in Bern**

28. Mai
**Koordinationskonferenz der SP
Schweiz** (Ort noch offen)

29. Mai
**Delegiertenversammlung der SP
Schweiz in Bern** (Ort noch offen)

22. Oktober
**Koordinationskonferenz der SP
Schweiz** (Ort noch offen)

23./24. Oktober
**Ordentlicher Parteitag der SP
Schweiz** (Ort noch offen)



Regula Stämpfli
Politologin, Autorin
und Dozentin
www.regulastaempfli.ch

Stille Nacht, heilige Macht...

SVP-Präsident Toni Brunner darf sich kraft seines Amtes zu den Eliten unseres Landes zählen. Dagegen ist nichts zu sagen, denn jedes demokratische Land hat die Eliten, die es wählt und verdient.

Nun schlägt er in aller Offenheit und Öffentlichkeit vor, die völkerrechtlich verbindlichen Verträge der Schweiz zu kündigen. Ein guter Anfang, denn dann könnte man endlich auch alle Grund- und Menschenrechte abschaffen, die der Entwicklung der «ältesten, der einzigen, der besten und der direktesten Demokratie» nur im Wege stehen.

Seit Jasmin Hutter wegen ihrer Überzeugung, dass Kinder nur bei Müttern gedeihen, die kein politisches Amt ausüben, von ihrem Nationalratssitz Abschied genommen hat, wissen wir, dass die SVP und ihre Frauen schon fast grandios konsequent sind. Zwar wird sie wahrscheinlich weiterhin im eigenen Betrieb Chefin bleiben, doch das muss sie ja nicht an die grosse Glocke hängen.

Also weg mit den Grund- und Menschenrechten, zu denen Lappalien wie das Recht auf Leben, auf Ausbildung, auf Meinungs- und Redefreiheit, die Rechte des Kindes auf Entfaltung und einiges mehr gehören. Das Stimm- und Wahlrecht der Frauen könnte endlich wieder abgeschafft werden, da es für Männer ja auch keines mehr gäbe.

Nur zur Erinnerung: Das Frauenstimmrecht wurde nur auf Druck der europäischen Menschenrechtskonvention eingeführt. Ursprünglich meinte ja der Männerbundesrat noch 1969, die europäische Menschenrechtskonvention mit dem Vorbehalt des Frauenstimmrechts unterzeichnen zu können, was zum Frauenmarsch auf Bern und somit zu grossem Protest führte. Nur deshalb zog der Bundesrat dann die Akte «Frauenstimmrecht», die seit 1929 in den Schubladen der Justizminister vor sich hin gammelte, hervor.

Konsequenterweise sollten die SVP-Frauen auch ihr Grundrecht auf eigene Bankverfügung sowie eigene Bürgerrechtsvererbung an ihre Nachkommen aufgeben. (Unsere Gesetzgebung wäre jener Saudi-Arabiens dann recht ähnlich, Minarette hin oder her.)

In unserem nördlichen Nachbarland hat sich vor 76 Jahren die Abschaffung der Menschenrechte mit dem Austritt aus dem Völkerbund international manifestiert. Bei uns gibt es sie noch. Auch die Gedankenfreiheit.

Aber das Problem beginnt dann, wenn Politiker von der Gedankenfreiheit Gebrauch machen, die von Gedanken frei sind. O du fröhliche ...